

„Alemannia Judaica Hessen“: Erinnerungsarbeit in hessischen Kommunen über die November-Pogrome von 1938, die Entrechtung, die Vertreibung und die Ermordung von Nachbarn „– nur weil sie Juden waren“

„DAS GEHEIMNIS DER VERSÖHNUNG IST DIE ERINNERUNG (Jüdische Weisheit)“ steht auf dem Gedenkstein in Guxhagen)

Zufällig stieß der Autor bei den Internet-Recherchen für seine Forschungen über „Erinnerungen an jüdische Schüler im Nationalsozialismus“ von Schul- oder Klassenteams in den vergangenen Jahrzehnten auf die Webplattform „Alemannia Judaica“ und staunte über die extensiv angelegte Erinnerungsarbeit für ganze Bundesländer (Hessen, Baden-Württemberg, Rheinlad-Pfalz, Bayern, Thüringen). Fasziniert war er darüber, dass Vereine, Einzelpersonen oder Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaften ein gemeinsames Ziel haben: die Erinnerung an ehemalige Mitbürger mosaischen Glaubens nachhaltig wachzuhalten durch Spurensuche in ihren jeweiligen Kommunen. Konsequenzen waren Manifeste in Form von Mahn- oder Gedenkmalen, Hinweistafeln für ihre zerstörten oder entweihten Synagogen oder erst nach der Jahrtausendwende durch „Stolpersteine“, um auf die individuellen Schicksale aufmerksam machen zu können und die NS-Opfer posthum in ihrer alten Heimat zu „verorten“.

Derartige Spurensuche, das lässt sich im Internet leicht entdecken, gibt es zwar in vielen Bundesländern und Regionen oder Städten Deutschlands zwischen Rheinland und Brandenburg, Flensburg und Berchtesgarden. Doch die Versuche, möglichst lückenlos für ein ganzes Bundesland Leben und Leiden ehemaliger Mitbürger der jüdischen Kultusgemeinden zu recherchieren und zu dokumentieren, ist nur der AG „Alemannia Judaica“ zu verdanken. Dass es ein institutionalisiertes Netzwerk zur Erforschung jüdischen Lebens im Bundesland Hessen gibt, soll hier nur erwähnt werden. Die Erinnerungen hält zum Beispiel die hessische Landeszentrale für politische Bildung wach, indem sie mit einem speziellen Referat (III) den Besuch von Gedenkstätten organisiert. Dennoch hat sich diese hier vorgelegte Arbeit beschränkt auf das Bürgerbündnis gegen Vergessen, Verdrängen und Leugnen in Hessen.

Deshalb hat der in Hessen lebende Autor (Jahrgang 1944, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie, freier Journalist, 30 Jahre Redakteur, vor der Pensionierung erneut freier Journalist) die 420 hessischen Orts-Dateien näher betrachtet und sich für einen vergleichenden Blick auf alle Ergebnisse von über 400 Internet-„Seiten“ interessiert. Daraus ausgewählt hat er wegen der aktuellen nicht nur politischen und publizistischen Sorgen über antisemitische oder antijüdische öffentlich geäußerte Ressentiments die Jahre 1933 bis 1945, die Jahre der „Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland“ (so die vom Bundesarchiv angebotene Sprachregelung über die unfassbare dunkelste Epoche neuerer deutscher Geschichte). Zu den besorgten Stimmen aus Regierung und Parlamenten wegen sich häufender verbaler und körperverletzender Attacken (bis hin zu tätlichen und tödenden Attacken z. B. in Frankreich) kommen deshalb Ängste jüdischer Mitbürger, dass sich Verbrechen gegen ihre Glaubensgemeinschaft wiederholen könnten.

Beeindruckt war der Autor von Gedenk-Inschriften, die persönliche Schuld (trotz der „Gnade der späten Geburt“ nach 1945) an den Aktionen ihrer Vorfahren wie Pogrom und Boykott in ihren Kommunen bezeugten. Die öffentliche Freisprechung persönlicher Schuld der Nachkriegsgenerationen durch Sprecher des Zentralrats der Juden in Deutschland hinderte die Verfasser derartiger Inschriften daran aber nicht. Diese Schuldbekennnisse sind aber eher selten. Sie sind jedoch Beleg für die Bandbreite von öffentlichen Formen der Erinnerungsarbeit. Nimmt man allerdings zur Kenntnis, was die Heimatforscher über die Misshandlungen der jüdischen Bevölkerung und die Schändung oder Zerstörung der Synagogen oder die Deportationen in Arbeits- und Vernichtungslager herausgefunden haben – nicht selten „vor aller Augen“ –, dann müssten sie eigentlich häufiger zu lesen sein (Die üblen Aktionen werden in dieser Arbeit ausführlich referiert aus den Forschungsergebnissen vor Ort).

Der vergleichende Blick auf die Inschriften lässt aber auch erkennen, dass es in manchen Forschungsteams Auseinandersetzungen über den Gedenktext gegeben hat, wenn im Zusammenhang mit dem Pogromgeschehen von 1938 nicht nur „Ross“, sondern auch „Reiter“ ins Visier geraten waren. Gerichtsakten über Prozesse wegen u.a. „1938“ hätten „gerichtsfeste“ namentliche Erwähnungen (an einigen Stellen ist das geschehen) von Tätern und Mittätern möglich gemacht.

Von David Ben Gurion, Israels Ministerpräsident von 1955 bis 1963, ist sein Kommentar zum Holocaust überliefert: „Vergeben ja, Vergessen nie.“

Das wäre von ihm und allen Nachfahren der Opfer zu vergeben: Ermordung von sechs Millionen Juden, zuvor Entrechtung, 1938 Pogrom-Schikanen mit zum Teil tödlichen Folgen, Synagogen-Zerstörung oder -Entweihung, Vertreibung, Beraubung, entwürdigende Deportationen in Arbeits- oder Vernichtungslager.

„Vergeben – ja“, doch vergessen können und wollen die Überlebenden und ihre Nachfahren nicht. Das riesige Holocaust-Denkmal in Israel Yad Vashem bewahrt die Erinnerungen daran auf.

Deutsche Reaktion von Täter- und Mitwisser-Nachfahren darauf signalisiert, dass das Versöhnungsangebot verstanden wurde: Wie auf etlichen anderen Gedenktafel steht dieser Text in Guxhagen: „Synagoge und Schule der jüdischen Gemeinde Guxhagen bis 1938. In mahndem Gedenken an die jüdischen Mitbürger, die während der Naziherrschaft gedemütigt, entrechtet, verschleppt und ermordet wurden. Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung (jüdische Weisheit).“

Ein ganzes Bundesland, Hessen, hat (stellvertretend) verstanden, wird in dieser hier vorgelegten Analyse über die Erinnerungen an ehemalige gedemütigte, entrechtete, verschleppte und ermordete Mitbürgerinnen und Mitbürger mosaischen Glaubens zu erfahren sein. Das Bürger-Bündnis mit seiner Erinnerungsarbeit auf der Internetplattform der „Arbeitsgemeinschaft Alemannia Judaica Hessen“ für Interaktionen und täglich tausendfache Abfragen („Klicks“) präsent, hält nicht nur Informationen über die jüdische Siedlungs-Geschichte in über 400 heute hessischen Kommunen bereit, über die vor Jahrhunderten bereits erfolgten Ausgrenzungen und Vertreibungen, aber auch über die Integration in den Alltag der bürgerlichen Gemeinden und in deren Vereinsleben. Für die schlimmsten Jahre antisemitischer Aktionen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und überfallener europäischer Nachbarländer zwischen 1933 und 1945 werden mit der Hilfe von Heimathistorikern und deutsch-jüdischen Forschervereinen die unmenschlichen Verbrechen auch vor Ort durch Denkmale der verschiedensten Art verewigt.

Erinnerung aber, so wichtig sie ist für das Vergeben einer zentnerschweren Schuld, hat noch eine andere Funktion in der Gegenwart. Erschreckend hohe Zahlen über antisemitisches öffentliches Reden und gewalttätiges Handeln in Deutschland bis hin zu tödlichen Terroraktionen (z. B. Paris 2015) verbreiten Sorgen und Angst: Eine Gedenktafel im hessischen Wohra (Gemeinde Wohratal) zeugt von Sensibilität für den erneut sich laut und gewalttätig äußernden Antisemitismus in Deutschland: „Die Opfer mahnen uns: Wehret den Anfängen! 1994.“

1994 wussten die Autoren dieses Gedenk- und Mahn-Textes, wie alles begonnen hatte – auch schon vor 1933. Denn der Antisemitismus hat nicht nur in Deutschland eine lange Tradition. Ab 1933 wurde er zur Staatsideologie sanktioniert und funktionalisiert mit den in dieser Dimension einmaligen verbrecherischen Folgen. Dieses Wissen prägt die „Erinnerungsarbeit vor Ort“ von Initiativen, deutsch-jüdischen Gesellschaften, forschenden Heimatvereinen, Schul-Leistungskursen und Schulklassen. Allen gemeinsam ist das Motiv: „Wehret den Anfängen!“

November-Pogrom- und Holocaust-Denkmale gibt es einige Hundert in kleinen und großen Kommunen Hessens. Sie sind außerhalb des Landes nicht bekannt und in der historischen Literatur über die Jahre 1933 bis 1945 nicht relevant. Sie lassen Betroffenheit über die Verbrechen an den ehemaligen Mitbürgern mosaischen Glaubens erkennen, die ihre Gestalter zunächst aus Medien oder Büchern oder im Schulunterricht erfahren haben und erschüttert waren über Entrechtung, Demütigung und provozierte Migration. Als Konsequenz der lokalen Erforschung dieses Unrechts entstanden Aktionen „aus der Mitte der Gesellschaft“ als Hoffnung auf Versöhnung mit den Opfer-Nachfahren. Als schlimmstes lokales Ereignis dominiert auf den Mahn- und Denkmalen die für viele Orten Hessens dokumentierten Verbrechen während des Pogroms November 1938 an jüdischen Einrichtungen und

Mitbürgern. Denn es geschah „vor unser aller Augen“ (so wird es in einer Inschrift anklagend formuliert).

Für die nicht fassbare barbarische Ermordung von sechs Millionen in Europa gibt es das zentrale Mahnmal in Berlin, das offenbar so wenige Emotionen weckt, dass es von Kindern als Spielplatz vereinnahmt wird.

Betroffenheit mit emotionaler Tiefenwirkung und dezentral an vielen Orten täglich auffallend und zum Teil emotional stark berührend sind hingegen jene 250 lokalen Denk- und Mahnmale in Hessen, die daran erinnern, was mit jüdischen Mitbürgern seit 1932/1933 durch gewalttätige Schikanen – auch von ihren Nachbarn verübt – in den Kommunen geschah. Diese brutalen Schikanen waren den Brandstiftern, Gaffern, den Schlägern, den Dieben und Totschlägern nicht nur „von oben“ verordnet worden, sondern dazu wie in Trance animiert von Hass-Tiraden deutscher Nationalsozialisten, die aus allen von ihnen kontrollierten Medien Radio, Film und Presse ihr täglich antijüdisches „Herrenrassen“-Gift in die Köpfe derer träufelten, die aufgrund ihrer als prekär empfundenen sozialen Lage empfänglich waren für diese Droge.

Auffällig ist die Errichtung von relativ vielen Gedenk-Tafeln oder -Steinen in den sechziger Jahren, als kritische Jugendliche zum Teil organisiert und ideologisch indoktriniert auch gegen das Schweigen der Väter über die Verbrechen der Nationalsozialisten rebellierten. Zentren der Proteste waren die Universitäten („Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren“) und „die Straße“. Die rheinisch-katholische Bonner Adenauer-Republik war ihnen zu konservativ und verweigerte sich dem Gedenken (außer am 20. Juli).

Nach der Ausstrahlung der US-Miniserie „Holocaust“ und der ebenso stark emotionalsierenden deutschen ARD-Serie nach einer Biografie „Ein Stück Himmel“ kam es in den achtziger Jahren zu einem „Schub“ von erinnernden und mahnenden Gedenk-Inschriften-Objekten (56). Höhepunkt war 1988, der 50. Jahrestag der Pogrome (mit 18 Denkmalen).

Die Inschriften („nur weil sie Juden waren“, steht auf einer Tafel) und mit „Stolpersteinen“ in Hessen seit 2004/5 noch näher an den vielen einzelnen entrechteten, gequälten, verprügelten und ermordeten Mitbürgern sind Zeugnisse von Recherchen und Diskussionen in den Kommunen. Sie nebeneinander zu setzen, auf das Gemeinsame, Unterschiedliche oder Besondere hinzuweisen ist ein wichtiger Aspekt dieses hier vorgelegten Berichtes über Erinnerungs- und Trauerarbeit in Hessen, die auf den über 400 hessischen Websites der „Arbeitsgemeinschaft Alemannia Judaica“ dokumentiert ist. Er erlaubt Erkenntnisse über die Fähigkeit, das Jahrzehnte lang verdrängte und verschwiegene auch in ihren Kommunen geschehene Unrecht der Väter und Großväter einzugestehen und über Entrechtung und Demütigungen, Vertreibung und Ermordung zu trauern und gegen lauten latenten und manifesten Antisemitismus kenntnisreich zu argumentieren.

Geschähe das nicht, werde die klärende Auseinandersetzung darüber an die jeweils nächste Generation weitergegeben, warnt der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn in „Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie“. Nomos, Baden-Baden 2014: „Man hat das Gefühl, sich mit der NS-Zeit auseinandergesetzt zu haben, weil es eine gute Forschung gibt. Aber solange das nicht auch in den Familien aufgearbeitet wird, bleibt es eine Last. Diese Frage der Schuld muss man mit allen Schmerzen beantworten, sonst wird sie wieder an die nächste Generation weitergegeben.“ Er hätte ergänzen können, dass die Aufarbeitung auch in jeder Kommune mit Spuren über die Nazi-Barbarei erfolgen müsse. Dank „Alemannia Judaica“ geschieht das.

Basis aller Denkmal-Inschriften sind die Kenntnisse über die lange unterdrückten und verdrängten schikanösen Ereignisse auch in jenen Kommunen in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 bis 1945, die nach 1945 zum Bundesland Hessen zusammengefügt worden waren. Sie erreichten ihren ersten für alle Bürger sichtbaren Höhepunkt im November 1938 und den letzten während der Deportationen jener jüdischen Mitbürgerinnen und –Bürger, die zu alt, zu krank, zu arm gewesen waren, um ihr Leben durch Flucht zu retten.

Was an jenen Pogrom-Tagen und -Nächten zwischen dem 7. und 10. November in Hessen gegen jüdische Synagogen und Schulen, Häuser, Geschäfte und Wohnungen an brutaler auch tödlicher Gewalt verübt und in Nachkriegsprozessen nur selten strafrechtlich be- und abgeurteilt worden war, ist inzwischen nicht nur im Internet bei den Websites von „Alemannia Judaica“ nachzulesen. Auf 250 Inschriften wird daran mahnend täglich im öffentlichen Raum erinnert. Es gibt aber auch Erinnerungs-Texte, die weder von Gewalt, von Mitschuld noch vom Verbrechen an denjenigen jüdischen Mitbürgern berichten, die bis 1933 Freunde, Bekannte, Nachbarn und in das Leben und Vereinsleben integriert gewesen waren.

In den vergangenen Jahren immer wieder verübte Freveltaten gegen diese Denk- und Mahnmale sind Indizien dafür, dass rassistischer Antisemitismus auch in hessischen Kommunen noch immer aktiv ist.

Ein Kirchenrat der evangelischen Kirche äußerte in einem Gedenktext dazu: Der 9. November sei ein Tag nicht nur der Trauer und der Schande, sondern auch Tag der Verpflichtung der Kirche, auch in einer Demokratie wachsam zu sein gegen antisemitische Ausfälle und Verhaltensweisen, betonte Präses Nikolaus Schneider (61) aus Anlass des Gedenkens an die Opfer der Reichspogromnacht vor 70 Jahren. Wie wichtig die Erinnerung und das Gedenken seien, formuliert Oberkirchenrat Wilfried Neusel von der Rheinischen Landeskirche im Interview mit www.ekir.de: „Wenn wir die Novemberpogrome im Deutschen Reich 1938 vergäßen, wäre dies nicht nur eine Beleidigung der Opfer, sondern auch eine fatale Verdrängung von Schuld und Verantwortung“, so der Leiter der Abteilung „Mission – Ökumene – Religionen“ im Landeskirchenamt. „Die Inszenierung der Pogrome war ein barbarischer Akt von Staatsterror, der nicht nur eine lange humanistische und aufklärerische Kultur in Deutschland vernichtete, sondern auch berufsständische Ehrenkodizes korrumpierte. Feuerwehr und Polizei wurden zu Mittätern, statt ohne Ansehen der Person zu helfen. Die Justiz wurde zum Schweigen verurteilt, aber auch jeder spontane Akt von Hilfsbereitschaft kriminalisiert“, so Oberkirchenrat Neusel weiter: „Davon blieben auch die Kirchen und ihre Mitglieder nicht unberührt. Nur eine Minderheit half im Stillen oder protestierte öffentlich.“ Die Erinnerung sei für die Nachkommen der Täter und der Opfer auch deshalb unabdingbar, „weil das Böse wie Unkraut sprießt und immer neu gejätet werden muss“.

Einen Eindruck vom mahnenden Erinnern als damit verbundene Pflicht, den Anfängen zu wehren, sollen die folgenden Inschrift-Texte vermitteln:

Groß-Gerau: „Der unerklärbare antisemitische Hass eines verbrecherischen Regimes, das auch in Groß-Gerau genügend Anhänger und Mitläufer gewinnen konnte, vernichtete innerhalb weniger Jahre eine blühende israelitische Religionsgemeinde.“

In Langenselbold steht seit 1988, 50 Jahre nach dem Pogrom gegen die jüdischen Synagogen dieses Inschriften-Zitat: „Zum Gedenken an unsere jüdischen Bürger. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird. Richard von Weizsäcker Stadt Langenselbold, 9. November 1988“.

Frankfurt-Rödelheim: „Wir ließen zu, dass aus unserer Mitte jüdische Bürger in Konzentrationslager deportiert und ermordet wurden.“

Guxhagen: „Synagoge und Schule der jüdischen Gemeinde Guxhagen bis 1938. In mahnendem Gedenken an die jüdischen Mitbürger, die während der Nazi Herrschaft gedemütigt, entrechtet, verschleppt und ermordet wurden. Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung (jüdische Weisheit).“

Hünfelds Bürgermeister-Mahnung während einer Gedenkveranstaltung zum November-Pogrom 1938 ist ein Beispiel dafür, mit welchem Tenor alljährlich an diesem Gedenktag eine Wiederholungsgefahr beschworen wird :

„Was wir tun können und tun müssen, ist, all dies nicht in Vergessenheit geraten zu lassen – zur Mahnung und zugleich als Auftrag für Generationen, nie mehr einen Holocaust in Deutschland und darüber hinaus zuzulassen.“

Wie den Anfängen zu wehren ist:

Der Antisemitismus in Deutschland macht sich mit gehässigen Parolen und durch Gewaltaktionen gegen jüdische Mitbürger und deren Einrichtungen inzwischen wieder so auffällig bemerkbar, dass alle alarmierten Bundestagsfraktionen 2008 einen Antisemitismusbericht von der Bundesregierung beantragten und erhielten. Der 300 Seiten dicke Gutachter-Bericht von Experten, die durch zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema sich als besonders qualifiziert ausgewiesen haben, sorgte für mediale Aufmerksamkeit. 15 bis 20 Prozent der deutschen Erwachsenen sollen nach ausgewerteten Umfragen als antisemitisch bzw. antijüdisch einzustufen sein.

Im Antrag der Bundestagsfraktionen an die Bundesregierung ist die Motivation der Fraktionen formuliert worden: „Trotz (geschilderter) Fortschritte ist Antisemitismus noch immer ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem in Deutschland, das vereinzelt selbst bei Sportereignissen zu beobachten ist. Sämtliche jüdischen Einrichtungen in Deutschland werden besonders gesichert und stehen oftmals unter dauerhaftem Polizeischutz. Jahr um Jahr werden in Deutschland Straftaten begangen, die sich gegen Jüdinnen und Juden richten. Im Jahr 2007 wurden laut Verfassungsschutzbericht 1 541 antisemitische Straftaten registriert; darunter waren 59 Gewalttaten. Grund zur Sorge gibt, dass Antisemitismus in allen Schichten der Bevölkerung zu finden ist. Oft geht er mit Antiamerikanismus und Antizionismus einher.

Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson. Wer an Demonstrationen teilnimmt, bei denen Israelfahnen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen werden, ist kein Partner im Kampf gegen den Antisemitismus. Die Solidarisierung mit terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik.

Neue Formen des Antisemitismus treten zunehmend in der islamistischen Gedankenwelt auf. Dieser arabische und islamische Antisemitismus ist eine globale Gefahr.“

Sehr viel leiser als die Hetzer auf der Straße, auf Fußballplätzen oder im Internet, aber effizienter und nachhaltiger artikuliert und artikuliert sich hingegen eine sehr viel größere Zahl von Bürgern in Initiativen, deutsch-jüdischen Gesellschaften, forschenden Heimatvereinen, Schul-Leistungskursen und Schulklassen gegen den offenbar blinden Hass mit Informationen über Leben und Leiden einer abgegrenzten und ausgegrenzten Religionsgemeinschaft. Beispielhaft soll an dieser Stelle ein hessischer Bürgermeister bei einer Denkmalaktion zitiert werden: „Was wir tun können und tun müssen, ist, all dies nicht in Vergessenheit geraten zu lassen – zur Mahnung und zugleich als Auftrag für Generationen, nie mehr einen Holocaust in Deutschland und darüber hinaus zuzulassen.“

Dies ist Gegenstand der hier vorgestellten Studie über die 430 Websites der „Arbeitsgemeinschaft Alemannia Judaica“ aus der Hessen-Region. Details über diese Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit in Kommunen mit ehemaligen jüdischen Gemeinden referiert die hier vorgelegte Arbeit, die auf die vielen Facetten dieser Spurensuche und ihrer Manifestierung nicht nur in Schriftform, sondern in Denkmälern vor Ort im öffentlichen Raum hinweist.

Dem Ego Millionen verunsicherter Deutscher nach Kaiserreich-Ende und verlorenem 1. Weltkrieg hatte der nationalsozialistische Rassismus, „wissenschaftlich“ als „Rassenkunde“ verbrämt und nach 1933 zur Staatsideologie verordnet, das Gefühl vermittelt oder vermitteln sollen, zur „Herrenrasse“ zu gehören.

Aufklärung kann oder soll helfen, dass nicht wieder Rattenfängern auf den Leim gegangen wird, um eine vielleicht als prekär erlebte soziale Lage mit Schmeicheleien und Ausgrenzungen „Andersartiger“ zu kompensieren. Der NS-Rassismus führte in letzter Konsequenz zum verbrecherischen staatlich verordneten und organisiertem Mord an sechs Millionen Juden in Europa.